Zeitschrift: Appenzeller Kalender

Band: 260 (1981)

Artikel: Blick in die Welt

Autor: Bührer, Walter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-376396

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Blick in die Welt

Von Dr. phil. Walter Bührer

I. Weltpolitischer Rückblick

nistan (russische Soldaten sind bis auf 500 km politiker Babrak Karmal ersetzen liessen. Ölländer Arabiens.

waren in Kabul Politiker an die Macht ge- tige Interessen» des Westens auf dem Spiel

langt, die Moskau treu ergeben waren. Trotz offiziellem Festhalten am Prinzip der Block-Niemals seit dem Ende des Zweiten Welt- freiheit hatte die afghanische Führung im krieges hat das weltpolitische Klima in so Dezember 1978 einen Freundschafts- und Beikurzer Zeit einen so jähen Barometersturz standspakt mit dem Kreml abgeschlossen. In erlebt wie um die Jahreswende 1979/80. Schuld ihrer Innenpolitik, vor allem bei ihrer Bilan dieser krisenhaften Entwicklung, die in der dungsreform und Landenteignungen, waren westeuropäischen Öffentlichkeit erstmals seit jedoch die in Moskau geschulten Revolutioden frühen sechziger Jahren wieder eine ge- näre so rücksichtslos vorgegangen, dass sich wisse Kriegsangst aufkommen liess, war einer- die streng mohammedanische Bevölkerung seits der sowjetrussische Überfall auf Afgha- dagegen bald zur Wehr zu setzen begann. nistan, andererseits das revolutionäre Chaos in Aufstände in allen Teilen des Landes liessen Iran, das in der monatelangen Besetzung der sich durch eine von Zerfallserscheinungen Teheraner US-Botschaft einen unheilvollen gezeichnete Armee je länger desto weniger «Höhepunkt» erreichte. Ihre weltpolitische unterdrücken. Als der Kreml Ende Dezember Bedeutung erhielten diese mittelöstlichen Vor- 1979 grünes Licht für die Besetzung Afghagänge durch die geographische Nähe jener nistans gab, kontrollierten die «Rebellen» die Rohstoffquellen, von denen unsere moderne meisten Provinzen. Die Russen begründeten Zivilisation in immer beängstigenderem Aus- ihr Eingreifen nach bewährtem Muster mit mass abhängt: Die Bedrohung der Erdölfelder der angeblichen Anwesenheit ausländischer am Ostrand der arabischen Halbinsel, in Irak Provokateure und mit dem Argument der und in Südpersien wie auch der Versorgungs- «Bruderhilfe» an eine befreundete Regierung linien durch den Golf nahm in den vergange- - welch letzteres sie freilich dadurch entnen zwölf Monaten sprunghaft zu, nicht nur werteten, dass sie den Präsidenten Hafizullah durch das sowjetische Ausgreifen in Afgha- Amin umbringen und durch den Marionetten-

an die strategisch wichtige Meerenge von Der Widerstand der afghanischen Freiheits-Hormus am Ausgang des Persischen Golfes kämpfer erwies sich — trotz unzureichender herangerückt) und den iranisch-amerikani- Waffen und Ausrüstung — als äusserst hartschen Konflikt, sondern auch durch die Ge- näckig, und auch bezüglich der aussenpolitifahr des Übergreifens der von Ayatollah schen Konsequenzen schien sich der Kreml Khomeiny entfesselten Reislamisierungswelle verkalkuliert zu haben: In der UNO-Vollverauf die mehrheitlich pro-westlich orientierten sammlung erlitt die Sowjetunion eine umso schmerzlichere Schlappe, als auch der Grossteil der Drittweltstaaten die Invasion in Afgha-Der Einmarsch der sowjetischen Truppen nistan verurteilte. Hart reagierte die ameriin Afghanistan kam selbst für politische Be- kanische Regierung, der im Geiseldrama von obachter eher überraschend. Dennoch ent- Teheran die Hände weitgehend gebunden bliebehrte er nicht einer gewissen Folgerichtig- ben: Präsident Carter verhängte ein Embargo keit. Schon Ende April 1978 hatte sich in dem für Futtergetreide- und Technologieexporte zentralasiatischen Gebirgs- und Wüstenland in die Sowjetunion und kündigte an, die USA eine entscheidende politische Wende vollzo- würden militärische Aktionen gegen die Staagen: Durch einen Staatsstreich — unter Mit- ten der Golfregion «notfalls mit gewaltsamen wirkung des sowjetischen Geheimdienstes - Mitteln» zurückschlagen, da dort «lebenswich-



Der Vertragskuss: US-Präsident Jimmy Carter und küssen sich nach erfolgtem Salt-2-Abschluss.

Foto Keystone

stünden. Die Ratifikation des SALT II-Rü- sondern ebenso sehr von der Unberechenbarstungsbegrenzungsabkommens — Mitte Juni keit der amerikanischen Aussenpolitik unter 1979 in Wien mit einem Bruderkuss zwischen Carter her; symptomatisch etwa die Kehrtunbestimmte Zeit vertagt, und schliesslich rief (so die von Carter widerrufene Zustimmung der amerikanische Präsident zu einem Boykott zur Sicherheitsratsresolution gegen die israder Olympischen Spiele in Moskau auf (dem elische Siedlungspolitik oder die Entlassung sich in der Folge mehr als 50 Nationale Olym- des UNO-Botschafters Young nach eigenmächdas, Japans und der Bundesrepublik Deutsch- selige Wirbel um die angebliche Stationierung land). Kein Wunder, dass sich die Beziehun- einer sowjetischen Kampfbrigade auf Kuba gen zwischen den beiden Supermächten in (von Carter zunächst als «nicht akzeptabel» rapidem Tempo verschlechterten, zumal offi- bezeichnet und schliesslich dennoch toleriert). zielle Gesprächskontakte fast völlig zum Erliegen kamen.

der USA heraus), warnten die Amerikaner wandte. Als hauptsächliche Sündenböcke wur-

vor der Illusion, in Europa angesichts des verstärkten weltpolitischen Wellengangs eine «Entspannungsinsel» bewahren zu können. Immerhin rafften sich die NATO-Mitgliedstaaten im Dezember 1979 zu einer Demonstration gemeinsamen politischen Willens auf: In Brüssel beschlossen die Aussen- und Verteidigungsminister die Produktion (und spätere Stationierung in Europa) von 572 amerikanischen Mittelstreckenraketen als Gegengewicht zur hektischen (Raketen-) Aufrüstung auf östlicher Seite. Für einmal blieb eine Propagandaoffensive des Kremls damit ohne Erfolg — nachdem Breschnew an den Feiern zum 30. Gründungstag der DDR in Ostberlin den Abzug von 20 000 der rund 400 000 Sowjetsoldaten und von 1000 Panzern aus der DDR angekündigt hatte, um den sogenannten der sowjetische Staats- und Parteichef Breschnew NATO-«Nachrüstungsbeschluss» zu hintertrei-

Die Risse im Atlantischen Bündnis rührten freilich nicht nur von Meinungsunterschieden, Carter und Breschnew besiegelt — wurde auf wendungen Washingtons in der Nahostpolitik, pische Komitees anschlossen, u. a. jene Kana- tigen [?] PLO-Kontakten) sowie der unglück-

Zu einer eigentlichen Lähmung der amerikanischen Aussenpolitik und damit zu einem In Westeuropa wurden die amerikanischen erschreckenden Vertrauensschwund in die Massnahmen gegen die Expansionspolitik der globalstrategische Stärke der USA aber führ-Sowjetunion zum Teil als «Überreaktion» ten die Ereignisse in Iran. Weder der Sturz empfunden. Die Suche nach einer gemeinsa- des Schahs noch die Errichtung einer Islamimen Antwort des Westens auf die östliche schen Republik hatten das Ende der Revo-Herausforderung erwies sich als dornenreicher lutionswirren bedeutet. Vielmehr setzte der denn je zuvor: Während die Westeuropäer greise Schiitenführer Khomeiny im Zeichen der Bewahrung ost-westlicher Zusammen- der «Rückkehr zum wahren Islam» eine tiefarbeit hohe Priorität einräumten (nicht zu- greifende Kulturrevolution in Gang, die sich letzt aus Zweifeln am Verteidigungswillen gegen alle westlichen Zivilisationseinflüsse

den das «imperialistische» Amerika und das wenig; alle Initiativen scheiterten am Starr-«zionistische» Israel ausersehen und der Volks- sinn Ayatollah Khomeinys. Als eine von Carter wut preisgegeben — während sich die Tehe- angeordnete militärische Befreiungsaktion fast raner Regierung gegenüber der sowjetischen sechs Monate nach Beginn des Geiseldramas Aggression im benachbarten Afghanistan fehlschlug, bestätigte sich, dass dem sinnlosen auffallend zurückhaltend verhielt. Das von Geschehen von aussen her kaum ein Ende den iranischen Revolutionsbehörden geschür- bereitet werden konnte. Der iranischen Rete anti-amerikanische Kesseltreiben gipfelte volutionsführung half der Konflikt mit den schliesslich in der Besetzung der Teheraner USA freilich, von den zahllosen innenpoliti-US-Botschaft durch «islamische Studenten», schen Problemen des Landes abzulenken, so nachdem Washington dem Ex-Schah die Ein- vor allem von wirtschaftlichen Nöten und von reise in die USA zur Behandlung seiner Krebs- Auseinandersetzungen zwischen der Zentralkrankheit ermöglicht hatte.

Terrorakt zunächst mit dem Stopp sämtlicher Öleinfuhren aus Iran sowie der Einfrierung iranischer Guthaben auf amerikanischen Ban- lung der persischen Ölexporte blieb die weltken, erzielte indessen damit ebenso wenig weite Ölversorgung weitgehend gesichert; Wirkung wie der UNO-Sicherheitsrat und der Internationale Gerichtshof in Den Haag mit ihren Appellen für eine sofortige Freilassung der Geiseln. Auch monatelanges diplomatisches Feilschen um das Schicksal der 53 festgehaltenen Botschaftsangehörigen fruchtete terte der OPEC-Basispreis binnen Jahresfrist

regierung und verschiedenen Volksgruppen Die Carter-Regierung reagierte auf den am Rand des persischen Staatsgebietes.

> Trotz der Wirren in Iran und der Drosseeinzig in den USA kam es wegen Verteilungsschwierigkeiten vorübergehend zu Engpässen. Während die westlichen Industriestaaten die auf mehreren Konferenzen beschworenen Sparziele grossmehrheitlich verfehlten, klet-



HEILUNGER

Rheumasalbe

Fort mit Rheuma- und Arthritis-Schmerzen! HEILUNGER Rheumasalbe fördert die Durchblutung und hilft bei

- Arthritis, Ischias, Rheumatismus,
- Hexenschuss, Neuralgien,
- Muskelschmerzen, Gelenkrheuma.

Nur einreiben. Leichtes Röten der Haut ohne zu brennen. Dringt sofort ein und durchwärmt! Schmiert nicht, ist fast geruchlos! Auch für empfindliche Haut. Grosse Tube Fr. 6.30. Erhältlich in Apotheken und Drogerien.



HEILUNGER

Rheumasalbe



Ihr nächster Ausflug mit der Bahn ins Appenzellerland

Ausflugs- und Rundfahrtbillette

Für Gesellschaften, Firmen und Vereine

Extrafahrten mit dem AB-Dampfzug

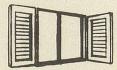
Werbedienst AB/SGA 9100 Herisau Telefon 071 51 10 60

von knapp 15 Dollar auf über 30 Dollar (auf den freien Märkten wie in Rotterdam wurden zeitweise gar Spitzenpreise von gegen 45 Dollar je Barrel geboten). Saudi-Arabien als heilt Schürfungen, Kratzwunden, gesprungene Lippen, grösstem Erdölexporteur gelang es zwar, durch vorübergehende Erhöhung der eigenen Förderung eine neue (weltweite) Energie- Wundliegen. krise zu verhindern; erstmals vermochten die Saudis jedoch ihre vergleichsweise gemässigten Preisvorstellungen im Rahmen der OPEC nicht mehr durchzusetzen. Weltpolitisch bedeutsamer vielleicht noch: die Besetzung des Hauptheiligtums der islamischen Welt in Mekka durch fanatische Moslems (am ersten Tag des 15. Jahrhunderts der islamischen Zeitrechnung) offenbarte schonungslos die innenpolitischen Schwachstellen im saudischen Königreich. Obschon die Hintergründe der Besetzungsaktion nie vollständig aufgedeckt wurden, scheint es sich um ein (von der iranischen Revolution inspiriertes?) Aufbegehren gegen das unaufhaltsame Eindringen westlicher Zivilisationselemente gehandelt zu haben. Auch auf aussenpolitischem Gebiet ist das von 3000 Prinzen regierte Land heute exponierter denn je: Die Zusammenarbeit mit dem Westen ist wegen der aktiven Unterstützung Israels durch die USA nicht unproblematisch, während andererseits Südjemen — von der Sowjetunion zu einem waffenstarrenden Bollwerk ausgebaut — für das Wüstenkönigreich eine wachsende Bedrohung darstellt.

Wer nach Präsident Sadats Jerusalem-Reise (November 1977), den Vereinbarungen von Camp David (September 1978) und dem Abschluss des israelisch-ägyptischen Friedensvertrags bereits die Lösung des Nahostkonfliktes in Sichtweite wähnte, sah sich in seinen Erwartungen getäuscht: Zwar hatte Ägypten als militärisch stärkster arabischer Staat mit dem Judenstaat Frieden geschlossen (und dafür die Sinai-Halbinsel und dessen Ölquellen zurückerlangt); die Kernfragen blieben jedoch ungelöst, nämlich das Palästinenserproblem und die Zukunft der von Juden wie Arabern beanspruchten Stadt Jerusalem. Während die USA und Ägypten «Camp David»

verkrustete Wunden, Fieberbläschen, Wundröte der Säuglinge, rauhe und aufgesprungene Hände, Sonnenbrand, Wolf, wunde Füsse, unreine Haut und





Aluminium-Fensterladen

- Als Ersatz für Holzläden
- Wetterfest, inkl. Pat.-Beschlägen, einbrennlackiert
- Profile mit und ohne Anschlag
- Stabil, Ecken stumpfgeschweisst
- Fachgerechte Beratung und Montage
- Preiswertes Schweizer Produkt
- Sowie alle übrigen Türen-, Fenster- und Schlosserarbeiten

Aluminium-Jalousieladen METALLBA

9205 Waldkirch Tel. 071 98 11 10

bestenfalls als ersten Schritt auf den langen Weg zu einer umfassenden Nahostlösung betrachten, scheint Israel das Abkommen gleichsam als Blankoscheck für die fortdauernde Besetzung Westjordaniens und des Gazastreifens aufzufassen: In geradezu provokativer Absicht wurden neue jüdische Siedlungen errichtet - eine Politik, die Aussenminister Dayan schliesslich mit dem Rücktritt guittierte und die mehrmals zu ernsten Verstimmungen im überaus labilen Verhältnis zu Ägypten führte. Auch im Westen schwand das Verständnis für die ultranationalistische Politik Israels zusehends dahin; die Folgen waren verschiedene aufsehenerregende Erfolge der Palästinensischen Befreiungsorganisation auf diplomatischer Ebene, so in Wien und Madrid, wo die PLO offizielle Anerkennung als Vertreterin des palästinensischen Volkes fand.

Ob 1979/80 die Grundlagen zu einem weiteren «Palästinenserproblem» gelegt wurden, lässt sich heute kaum vorhersagen; möglich ist es indessen: denn die Massenflucht verfolgter und unterdrückter Indochinesen aus ihren 1975 kommunistisch gewordenen Heimatländern wuchs sich zu einer der grössten Tragödien seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges aus. Hunderttausende suchten auf wenig seetauglichen Booten den Weg in die Freiheit; dem südvietnamesischen «Kerker» entflohen, fanden nicht wenige den Ertrinkungstod im Südchinesischen Meer. Andere überquerten unter Lebensgefahr den Mekong, um sich aus Laos abzusetzen. Zum Wendepunkt wurde Mitte Juli 1979 eine von der UNO organisierte Flüchtlingskonferenz in Genf: Während Vietnam sich verpflichtete, den Flüchtlingsstrom einzudämmen, erklärten sich die an der Konferenz beteiligten Staaten und Organisationen bereit, 260 000 Flüchtlingen Asyl zu gewähren.

Unvorstellbare Leiden musste auch das kambodschanische Volk auf sich nehmen. Die vom Hungertod bedroht. Gegen eine Million densplan zu, der u.a. eine neue Verfassung



Ein gekentertes Boot vor der Küste von Malaysia mit vietnamesischen Flüchtlingen. Foto Keystone

Kambodschaner suchten entlang und jenseits der Grenze zu Thailand Zuflucht, wo sie von internationalen Hilfswerken betreut wurden. Gleichzeitig organisierten IKRK und Unicef trotz unzähliger administrativer Hindernisse seitens des Heng-Samrin-Regimes eine Luftbrücke von Bangkok nach Phnom Penh und trugen so bei, das kambodschanische Volk wenigstens vor dem Aussterben zu bewahren. Eine politische Lösung blieb freilich in weiter Ferne, zumal dem von Vietnam eingesetzten Statthalter-Regime ausserhalb des Ostblocks die diplomatische Anerkennung versagt blieb und sich Hanoi hartnäckig weigerte, einer politischen Lösung (im Sinne der Aufnahme nichtkommunistischer Kräfte in die Regierung oder der Rückkehr Prinz Sihanouks aus dem Exil in Peking) zuzustimmen.

Eine politische Lösung wurde indessen nach der Hölle der Roten Khmer entronnenen siebenjährigem Buschkrieg in Zimbabwe Menschen sahen sich nun — als Folge anhal- (Rhodesien) möglich. Anfangs August 1979 tender Kämpfe zwischen der vietnamesischen stimmte die Commonwealth-Konferenz in Besatzungsmacht und Guerillaverbänden - Lusaka ziemlich überraschend einem Frie-

und die Durchführung von Wahlen unter bri-200 000 in Zimbabwe verbliebenen Weissen, mischten. die für das weitere Gedeihen der (kriegsgeschichte gezogen werden.

Daneben blieb der Schwarze Kontinent jetischer Aufsicht vorsah. An einer vom briti- doch Schauplatz verschiedener blutiger Krieschen Aussenminister Carrington geleiteten ge: In den ehemals von Spanien beherrschten Allparteienkonferenz gelang es dann nach Sahara-Gebieten kämpfte die von Algerien mühsamen Verhandlungen, einen Waffenstill- und Libyen unterstützte Polisario-Bewegung stand zwischen den Bürgerkriegsparteien zu um nationale Rechte gegen Marokko, welches vereinbaren. Überraschend schliesslich auch sich die phosphatreichen Wüstenzonen nach das Ergebnis: absolute Mehrheit für die Partei dem Abzug der Spanier und dem Verzicht Robert Mugabes, jenes Politikers, der sich der Mauretaniens einverleibt hatte; im Tschad weissen Minderheitsherrschaft am konsequen- dauerten die Auseinandersetzungen zwischen testen widersetzt hatte. Allen Befürchtungen (islamischem) Norden und (christlichem) Süzum Trotz gab sich der «Marxist» Mugabe den fort, wobei sowohl Frankreich als auch versöhnlich, namentlich gegenüber den rund Libyen am Konfliktgeschehen aktiv mit-

Im übrigen erlebte Afrika binnen wenigen schädigten) Wirtschaft unentbehrlich sein Monaten drei Tyrannenstürze: im April 1979 werden. Im April 1980 wurde das Land unter setzten tansanische Truppen der Blutherrgrosser Anteilnahme der Weltöffentlichkeit schaft Idi Amins in Uganda ein Ende; im in die Unabhängigkeit entlassen. Damit konnte August wurde in Äquatorial-Guinea der Dikendlich ein Schlussstrich unter ein besonders tator Macias Nguema gestürzt, und im Sepdüsteres Kapitel der Entkolonisierungsge- tember verlor in Zentralafrika der selbst-





u

g

d n

S e a

di

Si de

ZV ge da

pa be

te

fe.

At ZW Ve Ve Gi

sch

en VO:

Handwerkliche MÖBEL

in unserer grossen Ausstellung finden Sie bestimmt das Passende.

Jakob Frischknecht

Polsterei und Möbelgeschäft 9107 Urnäsch Telefon 071 58 11 57 ernannte Kaiser und Kindermörder Bokassa I. seinen Thron.

Ein geräuschvoller Tyrannensturz auch in Zentralamerika: Nach wochenlangem Bürgerkrieg, in dessen Verlauf Diktator Somoza gar die eigene Hauptstadt hatte bombardieren lassen, kam es in Nicaragua zum längst erwarteten Machtwechsel — nachdem zuletzt selbst Washington dem Regime die Unterstützung entzogen hatte. Die weitere Entwicklung Nicaraguas nach der Machtübernahme durch die Sandinistische Befreiungsfront schien jedoch bald jenen Pessimisten recht zu geben, welche die Entstehung eines zweiten «Kubas» befürchteten. Viel politische Gewalt ebenfalls in der Republik El Salvador, wo sich eine Junta liberaler Offiziere vergeblich darum bemühte, ein weitgehendes Reformprogramm (u. a. eine radikale Bodenreform) gegen den Widerstand von Links- und Rechtsextremisten durchzusetzen. Auch das kommunistische Kuba unter Castro büsste viel von seiner einstigen Vorbildlichkeit für Revolutionäre in aller Welt ein: Die Massenflucht von Zehntausenden per Boot in die USA enthüllte das wahre Ausmass von Elend und Unterdrückung unter kommunistischer Zwangsherrschaft.

Von den weltpolitischen Krisen blieb der Alte Kontinent weitgehend verschont; allerdings sahen sich die westeuropäischen NATO- Die bundesdeutsche CDU/CSU erkor den Staaten mehr als einmal (z. B. in der Frage des Olympia-Boykotts) vor die heikle Wahl zwischen Fortführung einer zunehmend ausgehöhlten «Entspannungspolitik» oder Solidarität mit dem transatlantischen Bündnispartner gestellt. Auch bei den von den USA befürworteten Sanktionen gegen Iran machten die EG-Länder nur halbherzig mit. Zweifellos verstärkten die Krisen um Iran und Afghanistan das gegenseitige Misstrauen zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten. Symptomatisch für das gestörte Verhältnis war beispielsweise das Treffen Giscard d'Estaings mit Breschnew in Warschau (Mai 1980), über welches selbst die engsten Verbündeten Frankreichs erst kurz vorher informiert worden waren.

Aus der Fülle politischer Ereignisse seien abschliessend die bedeutsamsten kurz herausgegriffen:

- Nach einem drei Monate währenden Todeskampf starb Marschall Tito, der seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges Einheit und Unabhängigkeit des jugoslawischen Vielvölkerstaates verkörpert hatte.
- Italiens Kommunisten erlitten bei Neuwahlen im Frühsommer 1979 eine empfindliche Schlappe, die die Hoffnungen auf eine Regierungsbeteiligung (vorläufig?) zunichte machte; es dauerte indessen fast ein Jahr, bis das von Terror und wirtschaftlichen Nöten geplagte Land durch eine Neuauflage des «Centro sinistra» (Koalition zwischen Christdemokraten, Sozialisten und Republikanern) wieder eine tragfähige Regierungsmehrheit erhielt.
- Schwedens Stimmbürger lehnten eine Stilllegung ihrer sechs bestehenden Kernkraftwerke ab und sprachen sich für die Weiterführung ihres (gemässigten) Programms zur friedlichen Nutzung der Atomkraft aus.
- In Grossbritannien wurde die Labour-Regierung unter James Callaghan von einem konservativen Kabinett unter Margaret Thatcher abgelöst, welches unverzüglich «Austerity»-Massnahmen zur Sanierung der britischen Wirtschaft in die Wege leitete.
- bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauss zu ihrem Kanzlerkandidaten im Hinblick auf die Bundestagswahlen vom November 1980.



«Es bleibt alles beim alten» - so oder ähnden Eidgenössischen Wahlen vom 21. Oktober lung nach Parteien: 1979. In der Tat waren die Sitzverschiebungen zwischen den Parteien einmal mehr gering gewesen: Die Freisinnig-Demokratische Partei erhöhte ihren Stimmenanteil um 1,9 auf 24,1 Prozent. Die Schweizerische Volkspartei, deren Stimmenanteil vor vier Jahren unter 10 Prozent gefallen war, steigerte sich um 1,7 Prozent. Die Sozialdemokratische Partei und die Christlichdemokratische Volkspartei erzielten mit 24,4 und 21,5 Prozent annähernd den selben Stimmenanteil wie 1975. Bei den übrigen Parteien ging der Krebsgang des Landesrings (2,0 Prozent weniger) und der Republikaner (2,3 Prozent weniger) weiter, während die Liberalen in der Westschweiz ihre Position ausbauen und die Progressiven Organisationen erstmals in den Nationalrat einziehen konnten.

Besuchen Sie in Trogen

Café-Conditorei Ruckstuhl

Telefon 071 94 11 73

Schöner Garten diverse Glace-Spezialitäten

Spezialität: Appenzeller Biber

Prompter Postversand

Für die Legislaturperiode 1979 bis 1983 erlich lauteten die Zeitungskommentare nach gab sich im Nationalrat folgende Sitzvertei-

	1979	1975	+/-
FDP	51	47	+4
CVP	44	46	-2
SPS	51	55	-4
SVP	23	21	+2
LdU	8	11	-3
Liberale	8	. 6	+2
EVP	3	3	
NA	2	2 .	
REP	1	4	—3
PdA	3	4	-1
Übrige	6	1	+5

Ständerat

Die Sitzverteilung im Ständerat nach Abschluss der Nachwahlen lautet wie folgt:

n

gZ A e L

W B E n

B S

st

ei

di

So

B

be

ur

al

in

Fr

sei int

	1979	1975	+/-
CVP	18	17	+1
FDP	11	15	-4
SPS	9	5	+4
SVP	5	5	
Liberale	3	1	+2
LdU	0	1 .	-1
	46	44	

Erstmals seit der Einführung des Proporzes bei den Nationalratswahlen im Jahr 1919 lag die Stimmbeteiligung unter 50 Prozent (genau: bei 47,9 Prozent). Die Meinungen über die Gründe gingen auseinander: War es ein generelles Desinteresse am politischen Geschehen, das Gefühl, es werde sich ja ohnehin wenig ändern, welches die Stimmbürger vom Urnengang abhielt? Oder spiegelte sich in der geringen Stimmbeteiligung nicht vielmehr eine grundsätzliche Zufriedenheit der Eidgenossen mit dem Lauf der Dinge? Wie dem auch sei: Die unvermindert grosse Zahl hängiger Volksbegehren deutet jedenfalls darauf hin, dass auch in unserem Land eine Fülle

von Problemen und Problemchen einer Lösung Beanspruchung der Kapitalmärkte. In der Tat der Heimat» (Nationale Aktion), eine Initia- jahren fortsetzte. Es war deshalb nur natürtive «gegen das Lädelisterben» (Republikaner), lich, dass sich die Nationalbank wieder mit digen Trennung von Staat und Kirche».

Hoch — mit 65,4 Prozent Nein-Stimmen verweigerten Volk und Stände zum zweiten Mal der Einführung der Mehrwertsteuer (diesmal mit einem Höchstsatz von 8 Prozent) bei gleichzeitiger Neuordnung der Wehrsteuer die Zustimmung. Der Souverän gab damit der Auffassung unmissverständlich Ausdruck, dass eine Sanierung der Bundesfinanzen in erster Linie durch zusätzliche Einsparungen gesucht werden müsse. Dieser Grundstimmung in der Bevölkerung versucht das vom Bundesrat den Eidg. Räten vorgelegte neue Sparpaket Rechnung zu tragen, das eine Reduktion sämtlicher Bundessubventionen um 10 Prozent sowie eine Senkung der Kantonsanteile an den Bundessteuern vorsieht. Andererseits sollen durch eine Ausdehnung der Warenumsatzsteuer auf die Energieträger sowie der Einführung einer Schwerverkehrsabgabe und eventuell Bankkundensteuern gewisse Mehreinnahmen beschafft werden. All diese Massnahmen sind umso notwendiger und dringlicher geworden, als die Jahresdefizite der Eidgenossenschaft inzwischen eine Höhe von 1,5 Milliarden Franken erreicht haben.

es

19

n.t.

er

in

e-

in

m

in

hr ge-

em

in-

luf

lle

Nicht übersehen lässt sich, dass von wachsenden Fehlbeträgen der öffentlichen Hand inflationäre Tendenzen ausgehen, namentlich durch steigende Zinssätze infolge zusätzlicher Panzer 68

harren. Im zu beschreibenden Zeitabschnitt kletterte die Teuerungsrate mittlerweile auch (Mai 1979 bis Mai 1980) wurden folgende Ini- in der Schweiz wieder auf über 4 Prozent, tiativbegehren neu eingereicht oder angekün- teilweise angekurbelt durch die jüngsten Erddigt: eine Volksinitiative «für einen einheit- ölpreissteigerungen. Aufatmen konnte dagelichen Schuljahresbeginn» (FDP), eine Ban- gen die schweizerische Exportindustrie, da ken- und eine Ferieninitiative (SPS und SGB), sich der Höhenflug des Schweizer Frankens ein Volksbegehren «gegen den Ausverkauf nicht mehr im selben Masse wie in den Voreine Medieninitiative (Landesring) sowie eine vorrangiger Priorität der Teuerungsbekämp-Energie- und eine neue Atominitiative (AKW- fung zuwandte, nachdem im Zeichen wäh-Gegner, linke Parteien, Umweltschützer). Zu- rungspolitischer Abwehrmassnahmen jahrerückgezogen wurde ein vom Parlament abge- lang die ursprünglich gesetzten Geldmengenlehntes Volksbegehren «gegen den Strassen- ziele überschritten worden waren. Gesamthaft lärm»; von Volk und Ständen klar verworfen hatte die Schweizer Wirtschaft ein gutes Jahr; wurde schliesslich die Initiative «zur vollstän- sowohl der soziale Frieden als auch die Vollbeschäftigung konnten bewahrt werden.

> Unter den Engpässen im Bundeshaushalt hatte namentlich die Armee zu leiden. Zwar genehmigten die Eidgenössischen Räte im Rahmen des Rüstungsprogramms 1979 die Anschaffung von 207 Panzerhaubitzen (M-109) sowie von weiteren 225 Schützenpanzern (M-113) — freilich erst, nachdem im Ständerat (u. a. vom Ausserrhoder Standesvertreter Baumberger) heftige Kritik an der vom EMD



Foto Keystone

Infanterie-Regimenter, ein neues (leichteres) Sturmgewehr.

Mehr noch als die zahlreichen klaffenden Panzer zu Sorgen um die Einsatzbereitschaft europäischen Rahmen zu einer «Zeitinsel» Beschaffung eines Panzers für die neunziger frühestens im Sommer 1981 möglich sein! Jahre den «sicheren Weg» einzuschlagen: den des Lizenzbaus eines erprobten ausländischen serem Land und seiner Bevölkerung gewiss Panzers; im Vordergrund stehen der deutsche zur Ehre gereicht: die Aufnahme einiger tau-«Leopard 2» und der amerikanische «XM-1». send Indochina-Flüchtlinge. Das Schicksal der

Nachfolger an der Spitze des EMD wurde Grundwelle des Mitgefühls aus. Eine Sammelnerseits das Finanz- und Zolldepartement an zester Zeit die Summe von 15 Mio Franken, Landesregierung gewählt wurde im Dezember die Aufnahme von je 3000 Indochina-Flücht-1979 der Bündner Ständerat und ehemalige lingen grünes Licht. In zahlreichen Dörfern Preisüberwacher Leon Schlumpf, dem die und Städten kümmern sich heute freiwillige Ressorts «Verkehr» und «Energie» übertragen Helfer um diese Neuankömmlinge, die sich wurden. In beiden Bereichen harren umfang- hierzulande unter völlig andersgearteten Verreiche «Gesamtkonzeptionen» ihrer Verwirk- hältnissen zurechtzufinden haben.

ausgearbeiteten Botschaft und am Geschäfts- lichung. Vordringlich sind insbesondere Weigebahren der amerikanischen Lieferfirma ge- chenstellungen im Energiesektor, in welchem übt worden war. Andererseits musste ein so die Schweiz zu rund 75 Prozent vom Ausland dringliches Anliegen wie die Beschaffung des abhängt. Erfreulicherweise hat sich die Disbritischen Flab-Lenkwaffensystems «Rapier» kussion im Laufe der vergangenen zwölf Moum ein Jahr zurückgestellt werden, weil das nate stark versachlicht, namentlich in der Geld fehlte. Ebenfalls auf der «Warteliste» AKW-Frage; dies dürfte insbesondere mit der gemäss Armee-Leitbild 80: Gepanzerte Ge- Revision des Atomgesetzes zusammenhängen, genschlagsmittel für die Felddivisionen und der die Stimmbürger im Mai 1979 zugestimmt weitere Panzerab- hatten. Der darin geforderte Bedarfsnachweis wehrmittel («Dragon») für die Infanterie, muss nun speziell für die geplanten und um-Kampf- und Transporthelikopter, allenfalls strittenen Kernkraftwerke Kaiseraugst und Graben erbracht werden.

Als Folge der Verwerfung des sogenannten Lücken bei der Rüstungsbeschaffung haben «Zeitgesetzes» in der Referendumsabstimmung in der Berichtsperiode Probleme unserer (1978) ist die Schweiz im Sommer 1980 im der Schweizer Armee Anlass gegeben: Als im geworden — nachdem sich sowohl Österreich Juni 1979 der Waffenchef der Mechanisierten als auch die Bundesrepublik Deutschland entund Leichten Truppen, Divisionär Haener, schlossen hatten, ihre Uhren während der die Kriegstauglichkeit des Schweizer Panzers Sommermonate um eine Stunde vorzustellen. 68 in Frage stellte und einen sofortigen Pro- Eine vom Bundesrat im Herbst 1979 den Eidg. duktionsstopp verlangte, traf dies Behörden Räten in aller Eile vorgeschlagene Gesetzesund Bevölkerung wie ein Schock. Eine vom änderung fand beim Nationalrat keine Gnade; Nationalrat eingesetzte Untersuchungskom- mit einigem Recht stellte sich die Kleine mission bestätigte die dem Pz 68 innewohnen- Kammer auf den Standpunkt, dass ein derden Systemmängel, sprach ihm indessen die artiger Schritt eine Missachtung des in der Kriegstauglichkeit nicht vollständig ab. Nicht Referendumsabstimmung bekundeten Volkszuletzt wegen der Probleme um den Pz 68 willens bedeuten würde. Eine Angleichung an beschloss der Bundesrat, im Hinblick auf die unsere europäischen Nachbarn wird deshalb

Schliessen wir mit einem Kapitel, das unaus Vietnam vertriebenen und geflohenen Die Affäre um den Panzer 68 war sozusagen «Bootsmenschen» sowie der Hunderttausendas letzte Amtsgeschäft, mit welchem sich den von Kambodscha-Flüchtlingen löste im Bundesrat Rudolf Gnägi zu befassen hatte. Sommer 1979 in der ganzen Schweiz eine Bundesrat Georges-André Chevallaz, der sei- aktion der Hilfswerke erbrachte binnen kür-Bundesrat Willy Ritschard abtrat. Neu in die und der Bundesrat gab für 1979 und 1980 für

u

a

5

J

S

F

N

V

H

g d

ir

di